

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13803. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Eine Friedensbotschaft Sowjetrußlands!

### Ein Funkpruch Schischterins.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Stockholm wird gemeldet: Der russische Minister des Auswärtigen Schischterin wendet sich mit einer neuen Botschaft an die Welt und drückt den Wunsch Sowjetrußlands aus, mit allen Nationen in Frieden zu leben. Die Räteregierung sei bereit, auch mit jeder bürgerlichen Regierung Verhandlungen einzuleiten und auf jede Agitation im Innern eines Landes zu verzichten. Sie sei auch bereit, Auskünfte über die innere Lage Rußlands zu geben.

Die Botschaft kommt gerade recht angesichts der durchsichtigen Versuche untrer Militaristen, wegen der Siege des angegriffenen Sowjetrußlands über die Polen das Gespenst der bolschewistischen Offensive gegen Deutschland wieder aufmarschieren zu lassen.

Wie eifrig die militärischen Stellen dabei sind, zeigt folgende Meldung:

Infolge der durch das Vorrücken der bolschewistischen Armee auf der Linie Wilna—Minsk eingetretenen Bedrohung Ostpreußens sind vom Stab des Reichswahnenministers erlassene militärische Sicherheitsmaßnahmen in Ostpreußen angeregt worden. Die Provinz Ostpreußen ist seit Freitag Gefahrgone.

Der Zweck dieser Alarmrufe ist doppelte Art. Erstens soll die Entente beeinflusst werden, damit sie Deutschland die Aufstellung eines größeren Heeres gestatte. Zweitens aber wird die militärische Rüstung in der Gefahrgone die Pläne der Rechtspolitiker begünstigen. Das stilles steht die Regierung nicht, die sich der billigen Loyalitätsversicherungen der Berliner Kommandeure freut.

### Eine Berichtigung, die danebenging.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit erhält von dem Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Herrn Dr. Weichmann, zu ihrer Berichtigung über das Treiben des Spiegels Verschaller folgende Berichtigung: Es ist unwar, daß das Staatskommissariat Spiegel oder Provokatoren unterhält. Es ist unwar, daß das Staatskommissariat oder ein Beamter desselben einen Waldemar Verschaller beschuldigt hat oder beschuldigt. Es ist unwar, daß der Bericht über eine kommunistische Geheimkonferenz von einem Verschaller stammt oder sonst durch Spiegel in das Staatskommissariat gelangt sei.

Die Freiheit schreibt dazu: Herr Weichmann streitet in seiner Berichtigung Behauptungen ab, die wir nie aufgestellt haben. Denn wir haben nicht gesagt, das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung unterhalte Spiegel und Provokatoren und beschuldige auch den Oberstspiegel Verschaller, sondern wir haben nur behauptet, daß Verschaller dem Regierungsrat Schwarz Nachrichten über eine angebliche Kommunistenverschwörung gegen Weichmann übermitteln habe. Dies ist tatsächlich geschehen und wenn Herr Weichmann davon keine Kenntnis erhalten hat, dann muß er sich eben in seinem Ressort besser umsehen.

### Die „Säuberung“ geht weiter.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Hoffische Zeitung meldet aus Cuxhaven: Am 1. Juni werden in Cuxhaven die Marineoffiziere der Norddivision durch den neuen Stationschef wieder eingeleitet. Die Geschäfte der Festungskommandantur Cuxhaven lagen bei dem Rapp-Putsch in den Händen des Feldwebels Grube. Als erster Adjutant fungierte der Obermajorsinist Müller.

### Wieder ein Putsch-Schwindel.

Kiel, 31. Mai. Wie das Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein erklärt, ist die Meldung der Post, nach der ein reges Arbeiten der unabhängigen Sozialdemokraten und der Kommunisten in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein immer deutlicher danach trachtet, die Räterepublik Schleswig-Holstein zu schaffen, von Anfang bis zu Ende erfunden und stellt sich als ein feiner Versuch dar, die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Provinz zu führen.

### Die Beteiligung der Rechtsparteien am Rapp-Putsch urkundlich festgestellt.

Magdeburg, 31. Mai. Gelegentlich eines von der Demokratischen Partei veranstalteten Konzerts hielt der Oberreichsanwalt Baumgarten aus Leipzig, einer der Referenten des Reichsgerichts, denen die strafrechtliche Verfolgung der am Rapp-Putsch beteiligten Kreise obliegt, eine politische Rede. Aus seinen Erklärungen ging hervor, daß die Betei-

ligung der Rechtsparteien an dem Putsch aus den Belegen urkundlich festgestellt ist.

Ueber die Mitschuld der Rechtsparteien, besonders der Deutschen Nationalen, an dem Rapp'schen Staatsstreich war man sich ja längst klar. Insofern bringt die Meldung keine Neuigkeit. Angesichts des hartnäckigen Leugnens die Deutschen Nationalen ist es aber immerhin von Bedeutung, wenn ihnen ihre Schuld auch von der Stelle, die einen genaueren Einblick in die Vorgänge hat, bescheinigt wird.

### Die Hochspizelin Schröder-Mahnke verhaftet.

Wie die Pressestelle des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen meldet, wurde die Provokatrice Schröder-Mahnke in Naumburg in Schutzhaft genommen.

Das Volksblatt bemerkt dazu: Es wäre zu empfehlen, wenn man ihren Helfershelfer, den Leutnant Schumm, ebenfalls verhaften würde. Der Zusammenhang ihrer Tätigkeit mit den Militärstritten wäre dann sehr leicht nachzuweisen.

### Bedeutende Erhöhung der Kohlensteuer.

Berlin, 1. Juni. (T.L.) Nach dem Berliner Tagesblatt wird dem neuen Reichstag kurz nach seinem Zusammentreten ein neues Kohlensteuergesetz zur Beratung zugehen. Das bisherige Kohlensteuergesetz hat nur bis zum 31. Juli Geltungskraft. Während das bisherige Gesetz eine Abgabe von 20 Prozent vorsieht, stellt der neue Gesetzentwurf eine Steuerabgabe von mindestens 30 Prozent vor.

### Der Kampf um die Entschädigungssumme.

#### Italien ist unzufrieden.

Paris, 28. Mai. Aus Rom wird gemeldet: In einer Besprechung des neuen italienischen Kabinetts wurde der Anteil von 10 Prozent, der Italien von der Kriegsentchädigungssumme zufallen soll, mit den von Italien im Kriege gebrachten Opfern nicht im Verhältnis stehend bezeichnet. Die in Güte geführten Verhandlungen bezwecken nur ein vorläufiges Abkommen, das in Spa bestätigt werden muß. Weiter meldet der Londoner Evening Standard: Italien, Serbien und Rumänien haben darum erucht, bezüglich der Bezahlung ihrer Schulden an England die gleiche Behandlung zu erfahren, wie sie Frankreich und Belgien in Höhe der durch England zugesagt wurde, so daß die Bezahlung ihrer Schulden von der Zahlung der Entschädigungen durch Deutschland abhängig sein würde.

#### Kanadas Forderung an Deutschland.

Ottawa, 27. Mai. (Reuter.) Kanada fordert von Deutschland eine Entschädigungssumme von 1871 Millionen Dollar einschließlich 31 Millionen Dollar wegen Kriegsführung mit ungesetzlichen Mitteln.

### Die Zeitungsnot in Oesterreich.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Wien wird gemeldet: Die Generalversammlung der Vereinigung österreichischer Tageszeitungen nahm einstimmig eine Entschädigung an, in der es heißt: Die gesamte österreichische Presse ist außerstande, mehr als fünf Kronen für ein Kilogramm Zeitungspapier auf eigene Rechnung zu zahlen. Es muß der Regierung überlassen bleiben, mit den Papierfabriken die Verhandlungen zu führen, damit die Zeitungen nicht eine weitere Reduktion erfahren, welche zum endgültigen Zusammenbruch der gesamten österreichischen Zeitungsindustrie führen würde.

### Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials

Basel, 29. Mai. (T.L.) Wie Petit Journal meldet, hat General Nollet über die Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials, die unter seiner Aufsicht in Deutschland erfolgt, jedoch Bericht erstattet. Der General hat 100 Zerförungsämter geschaffen, die ununterbrochen arbeiten. Das Material wird nicht im wahren Sinne des Wortes vernichtet, sondern nur zu Kriegszwecken unbrauchbar gemacht. Es wird dann der Wiedergutmachungskommission zugeführt, die es an deutsche Metallfirmen verkauft. Der Wert der alten Metalle wird auf insgesamt 5 Milliarden Franks geschätzt.

### Zusammenstoß zwischen griechischen und bulgarischen Truppen.

Athen, 29. Mai. (Amtlich.) Starke griechische Streitkräfte haben Dedagatsch und Gümüşhina ohne Zwischenfall besetzt. Gegen die bulgarische Grenze sind starke Dedungstruppen im Anmarsch. Andere Truppen sind bis Kerscheli mit Komitatstschin und bulgarischen Truppen zusammengestoßen; ein bulgarischer Soldat ist verwundet, ein anderer gefangenommen worden.

### Die große Schuld.

Das Zeigen des Rapt-Kurses hat nicht etwa, wie bei einem gesunden Wirtschaftssystem zu erwarten gewesen wäre, eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zur Folge gehabt. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage ist heute schwieriger denn je. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem unfähig ist, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die es selbst erzeugt hat, daß ihm jede Kraft fehlt, die deutsche Wirtschaft, die unter seinen wahnwichtigen Experimenten zusammengebrochen ist, neu aufzubauen, so ist er jetzt erbracht. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat in 1 1/2 Jahren nicht das Geringste für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft leisten können, es hat im Gegenteil die Zerrüttung vermehrt, die Krise verschärft und uns vor die Katastrophe gestellt.

Dank der Politik der Rechtssozialisten, die durch ihre Planlosigkeit und ihr zielloses Hin- und-Herschwanken die Befreiung der deutschen Wirtschaft durch sozialistische Maßnahmen verhindert haben, hatte das kapitalistische Wirtschaftssystem noch einmal 18 Monate lang Gelegenheit zu beweisen, was es zum Nutzen der Allgemeinheit zu leisten in der Lage ist. Diese Gelegenheits endet für den Kapitalismus mit einer neuen großen Niederlage. Er hat nicht nur die selbstgeschaffene wirtschaftliche Krise verschärft, er hat unter strengen Ausbeutung der Notlage des eigenen Volkes zur Befreiung der Proletarier einiger gewissenloser Geschäftsmacher die letzte Wirtschaftskraft zerrüttet, und mitten in die wirtschaftliche Katastrophe hineingeführt.

Es begann mit der Verschlechterung der letzten deutschen Vorräte und Produkte. Zunterweil, in Waggonladungen, in langen Eisenbahnzügen, wurden die Produkte deutscher Arbeitskraft, die den Rest des Volkvermögens darstellten, den der Krieg noch übrig gelassen hatte, durch das Loch im Westen ins Ausland verschoben. Um einen Spottpreis waren die Produkte des Schweißes der deutschen Arbeiterschaft im Ausland zu haben. Sie gefährdeten die Industrie des neutralen wie des ehemals feindlichen Auslandes, so daß dort die Arbeiterschaft aufbegehrt und Abwehrmaßnahmen verlangte. Aber nicht nur das das wertvolle Volksgut verschleudert wurde, die Schieber, die vom kleinsten Winkelräuber bis zum größten Industriebaron an dieser systematischen Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft beteiligt waren, ließen auch zum Teil ihren Erdbau im Ausland anstellen und stellten ihn dort fest, so daß selbst die Kapitalkraft der deutschen Industrie verloren ging. Unsaugreiche Kapitalverschleudungen, die sich in Milliarden beziffern, vollzogen das Werk der Zerstörung. Aber auch damit nicht genug. Man überschwenkte das deutsche Volk mit überflüssigen Luxusartikeln der ausländischen Industrie. Die notwendigen Rohstoffe für den Wiederaufbau unserer Industrie, die dringend erforderlichen Lebensmittel kamen wegen Mangels an Zahlungsmitteln, wegen Kreditunfähigkeit, nicht eingeliefert werden, aber für selbende Unterwäsche, für Galanterie- und Luxuswaren, für Schokolade und Zigaretten floßen Unsummen deutschen Kapitals ins Ausland. Die Regierung sah nichts, wollte nichts sehen. Die bürgerlichen Mitglieder der Koalitionsregierung vereitelten alle noch so schamhaftesten Abwehrversuche August Müllers, wie Wiffels. Der kapitalistische Profit war der Maßstab der Dinge, das Wohl der Allgemeinheit eine völlig nebensächliche Angelegenheit, das Schicksal der deutschen Wirtschaft ein Pappentitel. Die „sozialistische“ Regierung ließ ihre Wirtschaftspolitik Müller, wie Wiffel und Müllendorff schwächlich im Stich und machte sich zur Hüterin der kapitalistischen Profitgier. Um das Volk aber von dem gewissenlosen Treiben abzuwenden, um die Folgen zu verschleiern, die Ursachen zu verschleiern, erhob man das einmütige Geschrei: arbeiten, arbeiten! Die Arbeiterschaft sollte ihre letzte Kraft, ihre letzte Habe hergeben, um der Profitgier neue Nahrung zu liefern. Zum Lohn sollte ihre „Arbeitslust“ dann die Schuld an der Katastrophe tragen.

Die Folgen dieser gewissenlosen Wirtschaftsführung machten sich schnell bemerkbar. Die Preise schossen in wahnwüthiger, völlig unnatürlicher Weise in die Höhe, immer höher getrieben durch die Börsenspekulationen, die sich auf das weitere Sinken der deutschen Wälfute gründeten und darauf ihre Pläne und Gewinne aufbauten. Die Kosten wurden aus dem Volkvermögen und der Arbeitskraft der Arbeiterschaft bestritten. Luxusartikel waren im Überflus vorhanden, an den notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen war unermäßig, sich immer verschärfender Mangel. Schließlich begabete die Arbeiterschaft auf. Die Wälfute blieben weit hinter der verteuerten Lebenshaltung zurück. Die Industrie, die gebüßig der Verschlechterung ihrer Werte ins Ausland geschoben hatte, schrie verzweifelt, daß Lohnverhöhnungen ihren Untergang bedeuten müßten. Greifbar waren die Folgen. Und nun kam alle Schuld über die Arbeiterschaft. Sie nun ihre letzte Existenz kämpfte. Wie ein in Wahn